



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21824 - 33
Fernschreiber 0896890

F/XII/251 - 2. November 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

Wieder Ruhe in Nah-Ost	S. 1
Das Rote Kreuz im Atomzeitalter	S. 2
Der BHE in Schleswig-Holstein	S. 4
Schule und Wiedervereinigung	S. 6

Der syrische Krieg findet nicht statt

sp. Fast drei Wochen lang wurde die Welt mit Alarmnachrichten aus dem Nahen Osten in Atem gehalten. Angeblich stand der Krieg zwischen Syrien und der Türkei unmittelbar vor dem Ausbruch. Ost und West beschuldigten sich gegenseitig der Kriegsvorbereitungen; Flotten kreuzten in den gefährdeten Breitengraden und Flugzeuge und Tanks wurden in die vermeintliche Konfliktzone gebracht,

Die Vollversammlung der UNO wurde mit den Vorgängen befasst und in nicht wenigen Zeitungen der Welt konnte man lesen, dass, entzündet im Nahen Osten, der Ausbruch des Dritten Weltkrieges zu befürchten sei.

Plötzlich ist alles wieder ruhig geworden. In der UNO-Vollversammlung haben die Westmächte ihren Antrag zurückgezogen, Generalsekretär Hammarskjöld in das Krisengebiet zu entsenden und Syrien vorzichtsweise auf die Einsetzung einer Untersuchungskommission im syrisch-türkischen Grenzgebiet. Was die Kriegsministerien, die Spionageabteilungen und die Auswärtigen Ämter aller Staaten in der Welt zur Siedehitze gebracht hatte, wurde denn von dem Präsidenten der UNO-Vollversammlung mit dem lakonischen Satz beendet: "Die UNO-Vollversammlung betrachtet die von den beteiligten Parteien eingenommene Haltung als ein zufriedenstellendes Ergebnis der Debatte".

Zwei Lehren können aus diesem Vorgang gezogen werden: 1.) Es ist nicht gut, wenn Staatsmänner und die Weltpresse bei irgendwelchen Konflikten sofort ihre Reden und Meldungen mit Vokabeln versehen, die in uns den Eindruck einer bevorstehenden Katastrophe erwecken müssen. 2.) Die UNO ist - trotz allem, was Spötter von ihr gelegentlich sagen mögen - die Plattform, auf der vieles geregelt werden kann, was im Interesse der Erhaltung des Weltfriedens geregelt werden muss.

Die Welt kann also aufatmen und sich in Ruhe auf neue Gespräche der "Grossen" vorbereiten, die auch hinter dem syrisch-türkischen Konflikt die eigentlichen Gegenspieler waren - und noch sind.

Testfall Neu-Delhi

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Auf der seit dem 28. Oktober bis 5. November 1957 in Neu-Delhi tagenden XIX. Internationalen Konferenz der Rotekreuzgesellschaften steht das viel diskutierte "Projekt" als "Entwurf von Regeln zur Einschränkung der Gefahren, denen die Zivilbevölkerung in Kriegszeiten ausgesetzt ist" zur Diskussion. Um die Annahme dieses Entwurfes steht es gegenwärtig, wie wir hören, infolge des Widerstandes bestimmter Seiten nicht gut. Hauptthema ist der Schutz der Zivilbevölkerung gegen die durch das Auftauchen neuer tödlicher Waffen und Methoden der Kriegsführung heraufbeschworenen Gefahren. Sollte der Entwurf zur Annahme gelangen und als Empfehlung an die Regierungen zum Abschluss einer zwischen den Staaten auf dieser Grundlage abzuschliessenden internationalen Vereinbarung weitergeleitet werden, so können die Bemühungen der Konferenz einen praktischen Widerruf der totalen Kriegsführungsmethoden gleich, wie die Welt sie in 2. Weltkrieg erlebte und wie sie in Zukunft in verstärkter Form im Falle des Scheiterns dieser Bemühungen zu befürchten wären.

Der Entwurf stellt die Forderung auf, dass in keinem Falle die Zivilbevölkerung im Falle eines Krieges angegriffen werden darf. Indem er den Schwerpunkt auf den Schutz der Nichtkämpfenden legt, lässt der Entwurf die humanitäre Beschränkung der Kampfmittel unter den Kämpfenden selbst ausser Betracht. Offenbar geht man davon aus, dass die Frage der Kampfführung unter den Soldaten bereits durch das geltende Kriegsrecht hinreichend und abschliessend geregelt ist. Umso mehr als der Entwurf auch in den ^{den} Schutz der Zivilbevölkerung betreffenden Bestimmungen ausdrücklich davon ausgeht, dass die vorgeschlagene Regelung lediglich eine Bekräftigung und inhaltliche Umschreibung geltenden Kriegs- und Völkerrechts hinsichtlich der neuen Sachlage darstellt. Diese Feststellung ist wichtig, um dem verschiedentlich vorgebrachten Argument zu begegnen, als ob die neuen Mittel und Methoden erst formell geächtet werden müssten, um sie als verbotswidrig zu erklären, mithin so lange als erlaubt zu betrachten seien, als diese Mittel nicht durch neue, zweckentsprechende Vereinbarungen mit konstitutiver Rechtswirkung ausgeschlossen würden.

Artikel 1 fasst noch einmal die Regeln der geordneten Gewaltführung, wie sie der HKKO im ganzen zugrundeliegen, zusammen. Es heisst: "Die am Konflikt beteiligten Parteien haben kein unbeschränktes Recht bei der Wahl der Mittel, um den Gegner zu

2. November 1957

schaden, sondern müssen ihre Operationen darauf beschränken, die Kriegsmacht des letzteren zu vernichten, wobei sie die Zivilbevölkerung ausserhalb der Wirkungen der Waffen lassen müssen..."

Artikel 4 enthält die wichtige Definition der "Zivilisten" im Kriege. Als solche gelten im Kriege alle Personen, die nicht den Streitkräften angehören oder sich unmittelbar an Kämpfe beteiligen. Damit wird zum ersten Mal, seit dem Übergang zum totalen Kriegs- und Feindbegriff im 2. Weltkrieg, der Vorrang des Schutzes der Nichtkämpfenden gegenüber dem "militärischen Interesse" wiederhergestellt.

Artikel 7 definiert auch den Bereich der "angreifbaren Ziele" und begrenzt ihn auf solche Objekte, "die ihrer Natur nach von allgemein anerkannter militärischer Bedeutung sind". Diese Objekte werden in einem Anhang im einzelnen genau aufgeführt.

Artikel 8 geht noch einen Schritt weiter und fordert, dass der Kriegführer selbst auf Angriffe gegen erlaubte Ziele dann zu verzichten hat, "wenn er damit rechnen muss, dass diese Verluste und Zerstörungen in keinem Verhältnis zu dem erwarteten militärischen Erfolg stehen würden". (Die gleiche Forderung nach einem vertretbaren Verhältnis von Schadens- und Erfolgsrisiko im Kriege ist von Papst Pius XII. im Jahre 1954 in seiner Stellungnahme zum ABC-Krieg in der Ansprache an die Militärärzte erhoben worden, mit der klaren Entscheidung, dass Christen die Teilnahme an einer Gewaltanwendung verboten sein kann, der in dieser Sinne kein vertretbares Verhältnis von Risiko und Erfolg zugrundeliegt.)

Entscheidend ist Artikel 14, der überhaupt "Waffen mit unkontrollierbarer Wirkung" verbietet. Er lautet: "Unbeschadet eines bestehenden oder künftigen Verbotes bestimmter Waffen ist der Gebrauch von Kampfmitteln verboten, deren schädliche Wirkung - insbesondere durch Ausbreitung von brandstiftenden, chemischen, bakteriologischen, radioaktiven oder anderen Stoffen - sich unter Gefährdung der Zivilbevölkerung in unvorhergesehener Weise ausbreiten oder räumlich oder zeitlich der Kontrolle desjenigen entziehen könnte, der sie anwendet..."

Die Formel "Unbeschadet eines bestehenden oder künftigen Verbotes bestimmter Waffen" will also nur zum Ausdruck bringen, dass formelle Verbote von Massenvernichtungsmitteln das eigentliche Ziel des Entwurfes sind, während die Frage, ob diese Mittel bereits auf Grund des allgemeinen Kriegs- und Völkerrechts verboten sind, durch den Entwurf nicht berührt wird. Insofern der Entwurf selbst Mittel als verbotswidrig feststellt, wird nur bereits bestehendes Recht festgestellt und bekräftigt.

Der Entwurf könnte als entscheidender Ansatzpunkt für den Schutz der Zivilbevölkerung gegenüber der totalen Kriegsführung sein. Es ist jedoch fraglich, ob er selbst auf der Ebene dieser Konferenz, die ihn als Hauptpunkt der Beratungen auf die Tagesordnung setzte, zur Annahme gelangen wird. Im Falle der Ablehnung durch Delegationen einer humanitären Weltorganisation, wie das Rote Kreuz sie darstellt, würde das Rote Kreuz mehr zu verlieren haben als seinen Ruf, sondern die Substanz seiner humanitären Aufgabe im Atomzeitalter überhaupt.

Denn über eines sollte man sich klar sein: Die Wirksamkeit der

genfer Konventionen ist an die Beachtung des geltenden Kriegs- und Völkerrechts in der Beschränkung der Feindseligkeiten gebunden. In einem total-barbarisch und rechtswidrig geführten Krieg dürfte folgerichtigerweise auch kein Raum mehr für eine humanitäre Behandlung der Kämpfenden untereinander nach Beendigung der Feindseligkeiten sein, weder im Kriege noch nach dem Kriege. Es besteht nur die Unteilbarkeit des Rechts auf der einen und die Unteilbarkeit der Barbarei auf der anderen Seite. Die Konsequenzen sind erschreckend.

Die Tatsache allein, dass der Entwurf in dieser Form zur weltpolitischen Diskussion erhoben wurde, beweist, dass seine Forderungen im rechtlichen Bewusstsein der Menschheit verankert und anerkannt sind. Gleich welches Schicksal ihm beschieden sein wird, er ist der Beweis dafür, dass seine Regelung geltendes Recht ist, da er nur ein Mindestprogramm dessen enthält, was das geltende allgemeine Kriegs- und Völkerrecht in der Beurteilung der totalen Kriegspraxis an rechtlicher Regelung enthält.

* * *

Verfallerscheinungen

mu, Kiel

Der Gesamtdeutsche Block befindet sich in Schleswig-Holstein gegenwärtig in einer schweren inneren Krise, die vermutlich bis zu seinem endgültigen Zerfall andauern wird. Es ist keine grosse Kunst mehr, bereits heute das Ende dieser Partei jedenfalls im nördlichsten Bundesland vorauszusagen. Äussere Ausgangspunkte für den Ausbruch der neuesten Krise des Blocks war die Ablösung des Sozialministers Asbach durch Frau Dr. Ohnesorge.

Hinter dieser Ablösung, die nun endlich einmal erfolgte, verdeckte sich jedoch die immer heftiger gewordene Spannung zwischen Asbach und seiner neunköpfigen Landtagsfraktion. Aber auch im Koalitionskabinett von Hassel aus CDU, BHE und FDP ist mehrfach und immer energischer gefordert worden, Asbach möge sein Amt endlich zur Verfügung stellen. Es gibt viele Hinweise dafür, dass dieser stellvertretende Ministerpräsident, Sozialminister und auch heute noch Landesvorsitzender seiner Partei ein in jeder Beziehung "unfähiger Minister mit unglücklicher Hand und nationalistischen Redensarten" gewesen ist.

Asbach hat seit dem 5. September 1950 Regierung angehört, die

von der CDU geführt wurden. Er gehört zu den Mitbegründern des Blocks und war nach seinem Assessorenexamen von 1934 bis 1939 Abteilungsleiter der früheren Deutschen Arbeitsfront in Stettin. Ende 1940 wurde er sogar Kreishauptmann im damaligen Generalgouvernement Polen. Demgegenüber ist seine Nachfolgerin Frau Dr. Ohnesorge eine Politikerin, die mit den Nationalsozialisten nicht das geringste zu tun hatte und als fähige Fachmännin des Sozial- und Gesundheitswesens gilt. So kann man denn von der demokratischen Entwicklung her gesehen die Ablösung Asbachs begrüßen, die übrigens von seiner Fraktion sogar gefordert worden sein soll.

Jetzt wird aus der Asbachgruppe sozusagen als letzter, aber auch wohl höchst gefährlicher Racheakt in zwei Richtungen geschossen. Einmal ist Antrag auf Ausschussverfahren gegen die gesamte Fraktion mit Ausnahme von Asbach gestellt worden. Die Fraktion hat erklärt, dass sie sich in ihrer Gesamtheit als ausgeschlossen betrachtet wird, wenn nur eines ihrer Mitglieder im Zusammenhang mit der Ministerablösung von Asbach ausgeschlossen werden sollte. Zum anderen hat die Asbach-Gruppe aus geschäftsführenden Landesvorstandes sich die Vollmacht geben lassen, innerhalb einer Dreiwochenfrist von Ministerpräsident von Hassel die Erfüllung von Punkten aus dem Koalitionsvertrag des Jahres 1954 zu verlangen, die noch nicht realisiert worden sein sollen. Die Fraktion hat sofort geantwortet, indem sie erklärte, sie werde nur solche Forderungen unterstützen, die sie auch vertreten können.

So zeichnet sich denn der Riss im BHE bereits deutlich ab. Gleichzeitig wird sichtbar, wie einfach das Spiel des CDU-Ministerpräsidenten von Hassel in Kiel geworden ist, für sich aus dem Block Politiker herauszubreaken. Am Ende bleibt die Tatsache, dass der Koalitionsvertrag von 1954 hinsichtlich des Wohnungsbau und der verstärkten Siedlungstätigkeit und einiger sozialer Dinge in der Tat nicht erfüllt worden ist. Da der BHE nicht mehr geschlossen auftritt, fehlt ihm aber jede Kraft, das durchzusetzen. Indes, Asbach hat auch als Regierungsmitglied in dieser Richtung wenig Erfolg gehabt.

Drüben ist auch Deutschland

H.J. In unseren Schulen kommt die deutsche Wiedervereinigung zu kurz. Das ist eine schlimme Tatsache. Nun hat das "Kuratorium Anteilbares Deutschland" aufgerufen, den Gedanken der Wiedervereinigung sehr viel intensiver als bisher in den Schulen zu verbreiten: unser erstes und größtes nationales Anliegen soll nicht etwa in Außerstand, sondern im allgemeinen Unterricht behandelt werden. Wichtig sei! Eine Lektion "Wiedervereinigung" würde sich selten in den Stundenplänen erschreiben. Man kann in Deutsch, Geschichte, und Geographie darüber sprechen. Nichts Schlimmeres könnte uns passieren als nun noch Einheits-Sonntagsreden in den Schulen...

Es ist nicht gut bestellt mit dem Geographieunterricht. Hier wieder erzählt man, daß in dieser und jener Schule die Geographie Mitteleuropas im Zusammenhang mit der ausländischen Sprache gelehrt wird. Die Jungen und Mädchen empfinden die Bundesrepublik als ihre Heimat, ihr Vaterland - was weiter östlich liegt, gehört schon irgendwie nicht mehr dazu. Manche wissen über die Rocky Mountains besser Bescheid als über das Erzgebirge, und sie wissen eher die Einwohnerzahl von Concerro zu nennen, als die von Leipzig, Cottbus oder Rostock; die Akropolis ist ihnen näher als der Bresdener Zwinger, die Côte d'Azur vertrauter als Rügen.

Die Organisationen der Heimatvertriebenen haben errechnet, daß die große Mehrheit der Vertriebenen-Kinder in die Heimat zurückkehren will, wenn der Tag dazu kommen sollte. Das ist zwar sehr erfreulich, zum sehr geringen Teil aber wohl der Schule zu verdanken. Hier wirkt zweifellos mehr die Erziehung der Eltern. Bei den Kindern der Sowjetzonenflüchtlinge ist die Sache darum nicht so problematisch, weil dort die erlebte Vergangenheit in der mitteldeutschen Heimat noch lebendig genug ist.

Aber die "einkreiselschen" Kinder! Sie haben in ihrer Mehrheit keine rechte Vorstellung vom Deutschland hinter Werra und Fulda. Nicht jede Schulklassen kann - so erfreuliche Meldungen es da auch gibt - zu Ferienaufenthalten in die Zone fahren. Viel, sehr viel wäre schon gewonnen, wenn die schulische Unterrichtung über Mitteleuropa intensiver - und etwas wärmer als bisher gestaltet würde.

"Drüben" ist auch Deutschland und was darüber gelehrt werden muß, gehört zur Heimatkunde in des Wortes engster Bedeutung.

* * *

Verantwortlich: Günter Markschaffel.



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

B/XII/251 - 2. November 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 81831 - 33
Fernschreiber 0886490

B e i l a g e

Organisation ist nicht Selbstzweck

von W. Mellies (III)

Bei Tagungen der Sozialdemokratischen Partei auf den verschiedenen Ebenen erlebt man immer wieder ziemlich ausgiebige und zum Teil heftige Diskussionen über die Organisation. Sehr oft wird ein Unbehagen mit politischen Entscheidungen oder Notwendigkeiten durch eine solche Diskussion über Organisationsfragen zum Ausdruck gebracht. Auch bei der Diskussion nach dem letzten Wahlausgang stehen wie 1953 zunächst organisatorische Fragen im Vordergrund. Um die Gewichte nicht zu verschieben und um Einseitigkeiten in der Diskussion zu verhindern, muss man sich immer wieder darüber klar sein, dass es bei der Organisation darauf ankommt, sie so zu gestalten, dass sie mit den Kräften, die in ihr tätig sind, den besten und grössten Erfolg erreichen kann.

Es ist abwegig, ja verhängnisvoll, wenn man Organisationsfragen erörtert und Änderungen im Organisationsstatut vornimmt, weil die eine oder andere Persönlichkeit Missfallen erregt hat und von ihrem Platz entfernt oder in ihrer Tätigkeit beschränkt werden soll. Ein Versagen einzelner Personen sollte offen angesprochen und die für eine Abhilfe notwendigen Beschlüsse gefasst werden. Erst recht nicht kann man das Organisationsstatut im Hinblick auf die Tätigkeit einer einzelnen Person gestalten.

Unbehagen mit der Organisation ist aber auch deshalb vorhanden, weil man Sorge hat, dass die hauptamtlich tätigen Kräfte ein zu starkes Schwergewicht bei den politischen Entscheidungen haben. Es wird dann im verächtlichen Sinne von dem "Apparat" und von den "Funktionären" geredet. Vielfach werden diese Begriffe auch gebraucht, ohne dass sich damit sehr klare Vorstellungen verbinden. Was man tatsächlich be-

fürchtet und was man mit dem Ausdruck Funktionär brandmarken möchte, sind offenbar zwei Dinge: Eine hauptamtlich tätige Kraft hat durch Kenntnis aller Einzelheiten in den Diskussionen immer ein gewisses Schwergewicht. Andererseits besteht für die hauptamtlichen Kräfte oft die Versuchung, die Entscheidungen unter organisatorischen Gesichtspunkten zu sehen, d.h., wie diese Entscheidungen in der Organisation ankommen und wie man am besten mit ihnen fertig wird.

Eine solche Gefahr wird immer bestehen, wenn man in einer großen Organisation zur Bewältigung organisatorischer Aufgaben hauptamtliche Kräfte hat und haben muss. Es gibt nur eine Möglichkeit, einer solchen Entwicklung entgegenzutreten. Die ehrenamtlichen Mitglieder der Vorstände auf allen Stufen müssten sich auch möglichst eingehend mit den Dingen befassen und auseinandersetzen und immer wieder darauf achten, dass die entscheidenden politischen Gesichtspunkte in der Debatte erörtert werden und bei der Beschlussfassung massgebend sind.

Wenn man die Notwendigkeit hauptamtlicher Kräfte in der Organisation bejaht, kann man jedenfalls eines nicht tun: Sie jeden Tag verächtlich machen, ihre Entscheidungen und Stellungnahmen als schlecht hin verfehlt und verkehrt hinstellen und sie auf diese Weise immer wieder zu demütigen. In der Partei wird stets Klage darüber geführt, dass wirklich gute Kräfte für die Organisationsarbeiten nur schwer zu finden sind. Sie werden immer noch seltener werden, wenn dieser Zustand andauert. Niemand kann doch angesichts einer solchen Diskussion einem aufrechten Menschen mit gesundem Selbstgefühl empfehlen, innerhalb der Partei als hauptamtliche Kraft tätig zu sein.

Deutlich sind in der Diskussion Bestrebungen zu bemerken, die die Partei von der politischen Willensbildung möglichst ausschalten möchten. Die politische Willensbildung soll offenbar möglichst auf die Bundestagsfraktion verlegt werden. Die Partei wäre dann praktisch nur noch ein technischer Apparat. Vor einer solchen Entwicklung kann nicht dringend genug gewarnt werden. Sie würde die Zerstörung der Partei in absehbarer Zeit bedeuten.

Gewiss muss die Organisation immer wieder überprüft werden, weil sich hier, wie in allen menschlichen Bereichen, das Gesetz der Beharrung und Erstarrung geltend macht. Wahrscheinlich würde es die Diskussion erleichtern, wenn man von einem qualifizierten Organisator einmal einen Entwurf für den Aufbau der Organisation machen liesse. Natürlich könnte ein solcher Entwurf nur von rein organisatorischen Gesichts-

punkten ausgehen. Was an politischen Notwendigkeiten zu beachten ist, kann nur von der Partei selbst bestimmt werden. Es würde bei einem solchen Entwurf z.B. auch um die Frage gehen, welche Grösse die einzelnen Ortsvereine, Unterbezirke und Bezirke haben müssen, um mit einem modern ausgestatteten Büroapparat die grössten Leistungen erzielen zu können. Dabei könnten natürlich nicht nur die Zahlen der Bevölkerung oder der Mitglieder zugrundegelegt werden; man müsste auch an eine regionale Abgrenzung in den dünner besiedelten Gebieten denken. Wenn man wirklich zu einem grossen Wurf gelangen will, müssten dabei auch alle anderen Fragen, die immer wieder angeklungen sind, zur Erörterung stehen, z.B. die Frage eines überörtlichen und überbezirklichen Finanzausgleichs in der Organisation.

Die grösste Auseinandersetzung wird es sicher um die Organisation der Spitze der Partei geben. Auch hier gilt, dass eine Organisation nicht Selbstzweck ist und nicht sein kann. Die politischen Notwendigkeiten und Entscheidungen kann man nicht durch organisatorische Massnahmen lösen. Es sind in den letzten Jahren immer wieder Wünsche nach einer Änderung der Organisation in der Spitze aufgetaucht. Leider sind bisher nie Anträge auf eine entsprechende umfassende Änderung des Organisationsstatus gestellt worden. In einigen Anträgen, die auf den Parteitag zur Erörterung standen, waren nur zaghafte Ansätze enthalten. Sie haben ja auch keinen Widerhall auf den Parteitagen gefunden. Bei klaren Vorstellungen und sachlicher Diskussion unter Berücksichtigung aller Notwendigkeiten wird es wahrscheinlich nicht schwer fallen, einen Weg zu finden, der bei aller menschlichen Unvollkommenheit als die beste Lösung erscheint. Nur dem Irrtum sollte man sich nicht hingeben, dass man mit solchen organisatorischen Massnahmen in erheblichem Umfange Wählerstimmen gewinnt.

Ebenso werden wesentliche Veränderungen im personellen Bereich nicht den Erfolg haben, den man sich bei der Diskussion im Augenblick davon verspricht. Natürlich wird man sich immer wieder prüfen müssen, in welcher geeigneten Weise die besten Frauen und Männer der Partei herausgestellt werden können. Eine vorurteilslose Prüfung der Wahlergebnisse in einzelnen Wahlkreisen oder in einem grösseren Bereich zeigt aber, dass man zu alten Irrtümern neue hinzufügen würde, wenn man sich davon wesentliche Erfolge verspräche. Nicht das Vertrauen zu einer Organisation oder zu einzelnen Persönlichkeiten schafft uns den notwendigen Erfolg, sondern wir müssen das Vertrauen gewinnen durch eine Politik, die den weitesten Bevölkerungskreisen die Gewissheit gibt, dass ihre Anliegen, Sorgen und Wünsche ihre beste Vertretung durch die Sozialdemokratische Partei haben. Wenn uns das nicht gelingt, werden wir auch bei dem besten Organisationsstatut keinen Erfolg haben. Gelingt uns das aber, wird uns die geringe Bedeutung mancher heute so heiss diskutierten Fragen klar werden.